

Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Amt für Familie, Jugend und
Senioren

Vorlagen-Nr.
50/08/2022

Anlagedatum
12.04.2022

Verfasser/in
Zimmermann, Armin, Dr. Dr.

Aktenzeichen

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Sozialausschuss	02.05.2022	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Sachstandsbericht Geflüchtete aus der Ukraine

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung schlägt vor:

Der Sozialausschuss bewilligt 5.000 Euro für Unterstützungsangebote in der Ukrainehilfe im Rahmen von Projekten der Zivilgesellschaft im Verfahren der MiniMax Projekte. Zur Deckung stehen im Amt für Familie, Jugend und Senioren Gelder aus der Mittelübertragung aus dem Jahr 2021 zur Verfügung.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag 5.000 Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

Aus 2021 sind Mittel im Umfang von 65.000 Euro speziell für die Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges nach 2022 übertragen worden.

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle 3140050302

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

Die militärische Großinvasion Russlands in allen Teilen der Ukraine löste in der Rheinfelder Bevölkerung größte Betroffenheit aus. Immer mehr unschuldige Menschen in der Zivilbevölkerung werden Opfer der militärischen Angriffe. Die russische Militäroperation führte zu einer Flüchtlingsbewegung ungeahnten Ausmaßes aus der Ukraine.

In Rheinfelden (Baden) sind bereits Flüchtlinge angekommen, denen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte. Aufgrund des Aufrufs der Stadtverwaltung Ende Februar haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger gemeldet und Wohnungen und Zimmer zur Verfügung gestellt.

Auch weitere Hilfe und Unterstützung wird angeboten. Hierbei übernimmt die Stabsstelle Integration & Flüchtlinge und das Amt für Familie, Jugend und Senioren eine Mittlerrolle. Außerdem werden die Informationen auf der städtischen Homepage gebündelt und Helfer und Hilfesuchende über die Crossiety-Gruppe „Rheinfelden hält zusammen“ zusammengebracht.

Die Zahlen, die Hilfsangebote und Aktionen, die verschiedenen Deutschkurse, Freizeitangebote und Treffpunkte sowie Beratungsangebote werden tagesaktuell in der Sitzung vorgestellt.

Viele der bereits laufenden und noch geplanten Aktionen werden von Vereinen, Organisationen und Gruppen aus der Zivilgesellschaft getragen. Um weitere Aktivitäten und Angebote fördern zu können, soll die Möglichkeit, MiniMax Projekte einzureichen, erweitert werden. Da Corona-bedingt im letzten Jahr zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Sozialen Stadt und der Quartiersarbeit nicht stattfinden konnten, wurden entsprechende Mittel ins Haushaltsjahr 2022 übertragen. Diese sollen nun zur Förderung der Unterstützung der Geflüchteten durch die Zivilgesellschaft eingesetzt werden.